

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 50
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 50/0

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	1,0
<input type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/>)	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
	Bewertung <u>neu</u>	<input type="checkbox"/>	EG 13 TVöD
	Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	<input type="checkbox"/>	Projektmanager
	Befristung bis	<input type="checkbox"/>	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte: zum Teil bei Zuschlag für Projektantrag beim BMBF

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Geltendmachung der Gemeinkosten zur Durchführung von Landesaufgaben beim Land Bremen
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Das aktuelle Zeitgeschehen erfordert die Anpassung der Strukturen, um besonderen Aufgaben und Herausforderungen im Rahmen von Projekten angemessen begegnen zu können. Dem Projektmanager obliegen im Wesentlichen zwei Aufgabenkomplexe:

1) Katastrophenschutz

Mit Magistratsbeschluss vom 24.08.2022 wurden 11 Katastrophenschutzbereiche definiert. Das Sozialamt ist für den Katastrophenschutzbereich Sozial- und Betreuungswesen verantwortlich. Für die Erstellung der Katastrophenschutzbereichsplanung sowie Aufgabenwahrnehmung im Ereignisfall werden Personalressourcen benötigt, welche bislang nicht vorhanden sind.

Im Rahmen eines Forschungsauftrags des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wurde zur Sicherstellung und Verbesserung der Handlungsfähigkeit von Staat und Verwaltung bei krisenhaften Ereignissen ein entsprechender Projektantrag des Konsortiums, bestehend aus den Ämtern 37, 50, 53, 58, der Hochschule Bremerhaven, den EBB und dem BIT, eingereicht. Mit einer Projektzusage ist die Refinanzierung eines Stellenanteils für die Projektlaufzeit von 36 Monaten von 0,5 VZÄ, EG 13 TVöD, verbunden. Zuzüglich der Personalkosten sind 20% Arbeitsplatzpauschalen, Reisekosten sowie eine IT-Pauschale im Förderumfang enthalten.

2) Sonstige Projekte

Die Verwaltung befindet sich in einem Transformationsprozess mit einer grundlegenden Modernisierung ihrer Arbeitsweise, Organisation und Kultur. Ziel ist die Verbesserung der Leistungen für die Bürger mit Hilfe neuer Konzepte zur wirksamen Aufgabenwahrnehmung. Für dieses aufwändige Vorhaben gilt es, ein Akzeptanzmanagement zu schaffen, welches die Gestaltung und Umsetzung der Veränderungen motivational und informativ unterstützt.

Mit Hilfe eines systematischen Projektmanagements besteht eine flexiblere Möglichkeit der Initiierung, Planung und Steuerung von Herausforderungen. Dies gilt umso mehr bei der Bewältigung multipler komplexer Aufgaben neben der Erfüllung der Pflichtaufgaben. Nur beispielhaft sei die Bewältigung der Flüchtlingswelle während der Coronapandemie und gleichzeitiger Beteiligung im Planungsprozess zur Begegnung der Gasmangellage genannt. Hinzu kommen die Implementierung digitaler Angebote entsprechend der Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes (OZG) sowie deren fortlaufende Optimierung und Weiterentwicklung. Die Masse der zu digitalisierenden Leistungen beansprucht erhebliche personelle Ressourcen zur Koordination der Einführungsprozesse und Abstimmung der fachlichen Anforderungen in Zusammenarbeit mit dem Digitalisierungsbüro, BIT sowie Land Bremen. Schließlich ist das Sozialamt regelmäßig an verschiedenen Projekten in Zusammenarbeit mit dem Land Bremen beteiligt, welche langfristige soziale Auswirkungen haben. So etwa die Modellprojekte „Präventive Hausbesuche“, „Umstieg aus der Prostitution“ oder „Inklusive Sozialräume aktiv gestalten“.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: **siehe Anlage)**

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage: Katastrophenschutzordnung der Stadt Bremerhaven, OZG, SGB IX, SGB XII, etc.

Fachausschuss: Beschluss vom (wird von Amt 11 ausgefüllt)

M a g i s t r a t
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses